

Die Krise – was darf der Staat?

Dr. Marc Beise

Veranstaltung vom 25. März 2009



Akademiegespräche
im Landtag

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Die Krise - was darf der Staat?

Gedruckt mit Unterstützung des
Förderkreises der Akademie für Politische Bildung e.V.

Impressum

Tutzing/München 2009

Herausgeber:

Bayerischer Landtag

Abteilung Parlamentarische Dienste

Maximilianeum, 81627 München

www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Akademie für Politische Bildung Tutzing/

Universität Passau

Vortrag

Die Krise – was darf der Staat?

Dr. Marc Beise

Süddeutsche Zeitung

Auszüge aus der Diskussion

Begrüßung

Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident
des Bayerischen Landtags

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie in Vertretung von Frau Landtagspräsidentin Barbara Stamm sehr herzlich zum 35. Akademiegespräch begrüßen. Wir führen heute eine Veranstaltungsreihe fort, bei der der Bayerische Landtag und die Akademie für politische Bildung in Tutzing seit nunmehr 13 Jahren eng zusammenarbeiten – und das sehr erfolgreich. Ich begrüße dazu sehr herzlich Herrn Professor Heinrich Oberreuter, den Leiter der Akademie, der sowohl die Themen als auch die Referentinnen und Referenten auswählt.

Des Weiteren möchte ich zur heutigen Veranstaltung begrüßen: Aus dem Bayerischen Landtag, Herrn Professor Piazzolo, Frau Christine Kamm und Herrn Fraktionsvorsitzenden Hacker von der FDP. Dann darf ich noch herzlich willkommen heißen die Vertreterinnen und Vertreter des Konsularischen Korps, den Direktor des Bayerischen Landtags, Herrn Peter Maicher, und seinen designierten und schon gewählten Nachfolger Herrn Peter Worm. Die Damen und Herren der Ministerien, der Gerichte, der Obersten Behörden und der Bundeswehr, den Vorstand der Stiftung Maximilianeum, also den Hausherrn, Herrn Hanspeter Beißer, die Vertreter der Wissenschaft, der Hochschulen, der Akademien und der Schulen und natürlich die Ver-

treter der Presse und nicht zuletzt der wichtigste, den heutigen Referent, den Referenten des heutigen Abends, Herrn Dr. Marc Beise.

Wer regelmäßig die Wirtschaftsnachrichten verfolgt, dem dürfte der Name nicht unbekannt sein. Dr. Marc Beise berichtet und kommentiert seit vielen Jahren die deutsche Politik und die Wirtschaftspolitik im besonderen, zunächst für das „Handelsblatt“ und seit acht Jahren für die „Süddeutsche Zeitung“, seit 2006 dort als Leiter der Wirtschaftsredaktion.

Herr Dr. Beise studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre; seine Promotion hatte die Welthandelsorganisation WTO zum Thema. Darüber hinaus hat er zahlreiche Werke zu den Themen Wirtschaftspolitik und Unternehmensführung veröffentlicht und war des öfteren Gast von Fernseh- und Hörfunksendungen; große Aufmerksamkeit hat sein 2006 veröffentlichtes Buch mit dem Titel „Deutschland – falsch regiert?“ gefunden.

Der allererste Referent dieser Veranstaltungsserie war im Juli 1996 Dr. Norbert Walter, der Chefökonom der Deutschen Bank, der damals die Akademiegespräche mit der interessanten Fragestellung „Globalisierung – Ende nationaler Wirtschaftspolitik?“ eröffnete. Die

Entwicklungen der vergangenen Monate auf den internationalen Finanz- und Wirtschaftsmärkten lassen diese Frage wieder in einem neuen und besonders aktuellen Licht erscheinen. Von „Rettungsschirmen“ und „Verstaatlichung“ ist die Rede, wenn es um marode Banken und Unternehmen geht. Schlüpft der Staat in eine neue Rolle? Wird der starke Staat wiederbelebt? „Mehr Freiheit wagen“ – die Aufforderung von Bundeskanzlerin Merkel zu Beginn ihrer Amtszeit wird übertönt von Rufen der Ökonomen und aus der Wirtschaft nach dem Staat. Aber es gibt auch die warnenden Stimmen, unter anderem vor kurzem von dem Wirtschaftsweisen Christoph Schmidt, der sich in aller Deutlichkeit gegen staatliche Hilfen für Opel ausgesprochen hat. Vieles in diesem Zusammenhang ist bedenkenswert: Auf der einen Seite steht mit der Verstaatlichung ein Tabubruch im Raum; auf der anderen Seite droht der Konkurs einer für das System wichtigen Bank. Auf der einen Seite wurde offensichtlich ohne kaufmännische Vorsicht risikoreich, ja leichtfertig in Erwartung hoher Boni gewirtschaftet – der Herr Bundespräsident hat ja in seiner Rede das nötige dazu gesagt –, auf der anderen Seite steht einer der großen Halter der deutschen Pfandbriefe vor dem Abgrund. Hinzukommt eine bedenkenswerte gesellschaftspolitische

Dimension: Die Bürgerinnen und Bürger aber auch die Unternehmer sind zutiefst verunsichert. Die Entscheidungslage ist schwierig, zumal sich bereits in der Vergangenheit staatliche Hilfen für einzelne Unternehmen meist als Wettbewerbsverzerrung und nicht selten als wenig sinnvoll erwiesen haben. Gerade das Beispiel des Baukonzerns Holzmann steht für eine staatliche Fehlentscheidung, weil am Ende trotz der Worte des Kanzlers das Unternehmen in Konkurs ging.

Der Referent des heutigen Abends, Herr Dr. Beise, hat sich immer wieder mit der Rolle des Staates in Krisenzeiten auseinandergesetzt. In einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. November des letzten Jahres kommentiert er ausführlich den Begriff des „Neoliberalismus“ und bricht gerade in den jetzigen Krisenzeiten eine Lanze für diese Wirtschaftsform – verbunden mit der ausdrücklichen Warnung, große Hoffnungen in den Staat als Akteur im wirtschaftlichen Alltag zu setzen. Herr Dr. Beise – wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen. Zunächst aber übergebe ich das Wort an Herrn Professor Oberreuter für seine Einführung. Und Ihnen wünsche ich einen interessanten Abend.

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c.

Heinrich Oberreuter

Akademie für Politische Bildung
Tutzing / Universität Passau

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, lieber Herr Beise!

Herr Beise hat im Vorgespräch gesagt, es ginge das Gerücht, der Referent brauche nicht mehr zu referieren, weil Herr Oberreuter in der Einführung alles vorwegnehme. Daraufhin habe ich beschlossen, mich heute besonders kurz zu fassen, zumal die Gefahr sehr groß ist, dass ich die gleichen Artikel zitieren würde wie der Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Also in aller Knappheit: Wer zufällig im Reichstag gewesen ist, als die Krise über die Politik, die Banken und die Wirtschaft hereinstürzte und der Bundestag sich binnen 24 Stunden entscheiden musste, das Richtige zu tun, und wer erlebt hat, wie in Berlin der Atem angehalten worden ist und wie kraftvoll und wohl auch richtig und entschlossen gehandelt worden ist, der hat ein Stück weit wieder Respekt erhalten vor der Kompetenz und Entscheidungsfähigkeit unserer parlamentarischen Demokratie.

Ob sich dieser Eindruck insgesamt in der Öffentlichkeit durchgesetzt hat, das wage ich nicht zu beurteilen, zumal es seither keine spezifischen demoskopischen Erhebungen mehr gab, aus denen man ablesen könnte, ob die positive Wirkung, die ich unterstelle, auch

tatsächlich eingetreten ist. Eines ist sicher: Die Deutschen haben über die letzten Jahrzehnte an Vertrauen in Politik, politisches Personal, politische Institutionen ganz erheblich verloren. Das ist ein beklagenswerter Zustand, eine wirklich dramatische Entwicklung, die man stoppen müsste. Auf der anderen Seite aber entspricht es bis auf die heutigen Tage deutscher politisch-kultureller Tradition, vom Staat, dessen Institutionen und Akteuren man im Grunde nicht vertraut, viel zu erwarten. Die Staatserwartungen sind nicht zurückgegangen. Das Politikvertrauen ist gesunken, die Staatserwartungen in der Krise steigen. Wie man das zusammenführt, weiß ich nicht.

Wir haben rasch, intensiv, entschlossen gehandelt. Wir haben – ich vermute da wird auch Herr Beise zustimmen können – bei den Banken das Richtige getan. Was systemisch ist, weiß mittlerweile auch jeder Nicht-Sozialwissenschaftler, aber weil die Banken systemisch sind, hat man hier wohl richtig gehandelt. Die andere Frage ist: Hat man über die Bankenkrise hinaus, wenn das Wirtschaftssystem insgesamt und einzelne Unternehmen in das Blickfeld rücken, die, zum großen Teil auch noch selbstverschuldet, in Schwierigkeiten geraten sind – hat man dann eine zutreffende ordnungspolitische

Diskussion geführt, auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft und der Risiken und Freiheiten, aber auch der sozialen Dimensionen, die diese soziale Marktwirtschaft aushalten? Oder haben wir vielleicht nicht auch verführt durch ein Wahljahr mit 14 Wahlen in Bund, Ländern, Kommunen und Europa, diese ordnungspolitische Diskussion vernachlässigt zugunsten einer vorschnellen Reaktionsweise im Sinne der Arbeitsplatzsicherung, die ja eine ganz kurze Verweildauer haben kann. Der Schritt von Holzmännchen zum Holzweg ist relativ kurz, das haben wir schon einmal gesehen.

Die Analysen und Positionen sind vielfältig. Ich weise nur darauf hin, dass Frau Merkel letzte Woche gesagt hat: „Wir haben das unsere und genug getan.“ Zwei Tage später hat der Nobelpreisträger Krugman aus Amerika den Europäern und speziell den Deutschen zugerufen, dass sie viel zu wenig getan hätten, und dass sie wie schon 1929/30 durch eigenes Verschulden die Krise nicht überwinden, sondern vertiefen würden. Die FAZ hat heute dem Bundespräsidenten vorgeworfen, er habe einen marktskeptischen Unterton in seiner Berliner Rede gehabt, die dem Markt Zügel und Ordnung anlegen wolle. Interessanterweise ist in der letzten Berliner Rede, Roman Herzogs „Ruck-Rede“, gesagt worden,

wir müssten deregulieren, der Staat könne nicht die Komplexitäten der Wirtschaft und der Gesellschaft unter seine Fittiche nehmen.

Wir haben in den letzten Wochen rasante Entwicklungen durchgemacht, Krisen nicht durchschritten, sondern erst kennengelernt. Aber wir kennen die Tiefe der Krise nicht, wir kennen die Ergebnisse der Krise nicht, wir kennen die Instrumente zu ihrer Überwindung nicht. Wir sind uns nicht sicher, wie viel Staat wir in das Wirtschaftssystem hereinbitten wollen und wir sind uns auch nicht sicher, wenn ich die Entwicklung des 20. Jahrhunderts überblicke, wie man den Staat, wenn er denn seine Finger einmal hineinstreckt in Bereiche, in die er eigentlich nicht eingreifen sollte, aus diesen Bereichen wieder herausbringt. Wo er seine Kraken einmal angelegt hat, dort dauert es Jahrzehnte, bis er wieder zur Freiheit der Bürger und der Märkte zurückkehrt. Ein klassisches Beispiel ist die Tatsache, dass Gerald Ford, jener amerikanische Präsident ohne eigene Legitimation, dem Kongress etwa drei Jahrzehnte nach dem Weltkrieg exekutive Notstands- und Wirtschaftsvollmachten zurückgegeben hat, als Zeichen der Demut eines nicht eigenständig durch Wahl legitimierten politischen Handelnden. Drei Jahrzehnte sind eine lange Zeit,

wenn der Staat Kompetenzen besitzt, die er eigentlich nicht braucht.

Herr Beise, ich hoffe, dass ich so originell war, dass ich Ihnen nichts vorweggenommen habe und erteile Ihnen das Wort.

**Die Krise –
was darf der Staat?**

Dr. Marc Beise
Süddeutsche Zeitung

Vortrag

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bocklet, lieber Herr Professor Oberreuter, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zu danken, für die Ehre, heute in diesem eindrucksvollen Ambiente zu Ihnen sprechen zu dürfen!

Gerade habe ich gedacht: Soweit ist es also in diesem Land schon gekommen, dass nun schon Journalisten, diese leicht obskuren Typen, diese lästigen Zeitgenossen, die vor noch gar nicht allzu langer Zeit stellvertretend für viele Kritiker von einem Bundeskanzler, der heute schon zu Lebzeiten ein Mythos ist, wahlweise zu „Wege-lagerern, Banditen oder Verbrechern“ erklärt worden sind, in der Herzammer einer alterwürdigen Demokratie sprechen dürfen. Ich fühle mich sehr wichtig und bin zugleich ein bisschen verschüchtert. Danke für dieses Wechselbad der Gefühle, das hoffentlich – wie jedes Bad – reinigende Wirkung hat, in diesem Fall auf den Geist.

Als mich Herr Professor Oberreuter vor einigen Wochen mitten im Tagesstress des Redaktionsalltags anrief, um mich zu fragen, ob ich heute im Rahmen der Akademiegespräche für einen Vortrag zur Verfügung stehen würde, ahnte ich nicht, auf was ich mich da einlassen sollte. Der Herr Professor informierte mich eher beiläufig, sprach zwar schon vom Veranstal-

tungsort Maximilianeum, von einigen hundert Zuhörern, aber gab mir dezidiert nicht das Gefühl, einen außergewöhnlichen Auftrag zu vergeben zu haben. Das war vielleicht ganz gut so, weil ich sonst womöglich vor der Größe der Aufgabe zurückgeschreckt wäre. Ich habe mittlerweile gelernt, welch bedeutenden Menschen hier sprechen durften, und ich habe mich natürlich auch über den locus genii schlau gemacht, den ich zuvor – ich gestehe es – noch niemals betreten habe.

Das Maximilianeum

Ich muss sagen, ich bin beeindruckt. Zum Beispiel von der Geschichte dieses Gebäudes, obwohl es ja erst seit 1949 Sitz des Bayerischen Landtags ist (Sie sehen, ich habe aufgepasst!), aber vom Stil und vom Namen her an einen bedeutenden bayerischen Monarchen erinnert. Und natürlich habe ich mir bei der Anfahrt noch einmal die Stimmigkeit dieses Baus aus der Architektenfeder des Friedrich Bürklein mit dessen früheren Gebäuden auf der Maximilianstraße vor Augen geführt.

Ich erwähne das erstens, um zu zeigen, was ich gelernt habe, und zweitens, weil diese Zusammenhänge im Zweifel ja auch für viele der Abgeordneten neu gewesen

sind, die hier erst vor wenigen Monaten nach der Implosion bayerischer CSU-Herrlichkeit eingezogen sind: 77 von 187 Abgeordneten sind neu; das ist eine beeindruckende Zahl – wie überhaupt das Wahlergebnis sehr beeindruckend war. Aber das ist nicht unser Thema heute.

Politiker

A propos Politiker: Ein Wort zu ihnen, oder zwei.

Erstens: Ich habe nichts gegen Sie! Wirklich nicht, auch wenn Sie in der nächsten dreiviertel Stunde einen anderen Eindruck bekommen sollten. Ich werde Sie dann daran erinnern, weil wir den Abend doch in einer freundlichen Stimmung begehen wollen: Ich habe nichts gegen Sie, und auch nicht gegen Ihre Profession.

Im Gegenteil, und da greife ich gern auf mein eigenes Schrifttum zurück: Im Vorwort meines Buches mit dem Titel: „Deutschland – falsch regiert“ (ich schließe nicht aus, dass ich heute zu einem ähnlichen Urteil komme ...) steht: „Auch, wenn die Politiker in der Sache kritisiert werden, haben sie dennoch die Sympathie des Autors.“ (heute: des Redners). „Für ihr Wirken in der ersten Reihe gebührt ihnen Dank. Gewiss, sie

genießen öffentliche Aufmerksamkeit und manche Privilegien, von der Rundumversorgung durch Referenten und Fahrer bis zu Reisen ans andere Ende der Welt. Aber sie bezahlen auch einen hohen Preis: Sie verlieren ihre Privatheit, belasten ihre Familien und treiben Raubbau mit ihrer Gesundheit. Damit dieser Einsatz überhaupt lohnt, brauchen sie immer wieder fordernde Kritik derer, die nicht wie sie ins politische Netz verstrickt sind." Letzteres bin, wie Sie unschwer erkennen, in diesem Fall ich. Also: Ich meine es nur gut mit Ihnen!

Deshalb möchte ich Ihnen, liebe Politikerinnen und Politiker, auch gerne herzlich gratulieren – und zwar zu dem ungeheuren Bedeutungsgewinn, den Sie derzeit erfahren. Sie sind von Losern zu Winnern mutiert, von Watschenmännern (und –frauen) zu Heilsbringern. Nur Sie können uns noch vor dem Untergang bewahren. Sie müssen in Ordnung bringen, was unverantwortliche Manager in Unordnung gebracht haben. Sie müssen die deutsche Wirtschaft vom Kopf auf die Füße stellen.

Die alte Marktwirtschaft, oder meinetwegen der Kapitalismus, lerne ich selbst in der eigenen Zeitung, ist an ihrer/seiner Hybris, an ihrer/seiner Entfesselung zu Grunde gegangen und es geht jetzt

nicht mehr um ein Zurück, sondern um einen neuen Kurs, einen dritten Weg (mal wieder ein dritter Weg!). Und offenbar sind es nur Sie, liebe Politikerinnen und Politiker, die diesen Weg weisen können. Es ist im Grunde wie damals nach 1945, als Ludwig Erhard das Land auf Kurs brachte, und nun sind Sie alle die neuen Ludwigs Erhards: Chapeau, meine Damen und Herren! (Vorsicht, Ironie!)

A propos Ironie: Ich muss gerade an eine kleine Episode denken, die der damalige Anwärter auf den Posten des Ministerpräsidenten, Günther Beckstein (ist es eigentlich noch erlaubt, in diesen Hallen diesen Namen zu nennen? Oder vielleicht gerade wieder?) seinerzeit bei einem Redaktionsbesuch in der Süddeutsche Zeitung selbst berichtet hat. In Becksteins fränkischer Heimat eröffnete eine Großbank ein neues Gebäude und natürlich war der Politiker gebeten worden, ein Grußwort zu sprechen. Wozu er auch brav anreiste, sich dann aber, in der ersten Reihe sitzend, hämischer Worte eines aus Frankfurt herübergekommenen Bankvorstandes darüber anhören musste, wie unfähig die Politik in Deutschland doch sei und was sie alles von der Wirtschaft lernen könne. Beckstein, der, wie Sie besser wissen als ich, mit Mutterwitz ausgestattet ist, erklimmte das Rednerpult und sagte, an den Bankvorstand

gewandt, er sei sich des Unvermögens seiner selbst und seiner Kollegen wohl bewusst. Wenn er sich allerdings sein Gehalt und das der Spitzenmanager anschau, sei er über das Preis-Leistungsverhältnis in seinem Fall durchaus beruhigt. Das war eine ziemlich weitsichtige Bemerkung und ich würde gerne mal den damals beteiligten Banker dazu hören.

Soviel zur Aufwärmung. Jetzt legen wir aber los, oder?

Die mir gestellte Frage lautet: „Die Krise - was darf der Staat?“ Damit sind vier Dimensionen vorgegeben: (1) Die Krise – wie sieht die aus? Wo stehen wir? Was war, was ist, was kommt? (2) Der Staat – was tut er überhaupt? Und (3): Darf er das? Und (4): Was tut er nicht – und sollte es doch tun - meiner Meinung nach?

Die Krise

Zur ersten und derzeit brennendsten Frage: „Wo stehen wir?“ habe ich eine ganz klare Antwort: Ich weiß es nicht. Und, ganz ehrlich, wer Ihnen etwas anderes sagt, dem sollten Sie sowieso nichts mehr glauben. Niemand weiß, wohin uns die aktuelle Situation noch führen wird. Täglich gibt es neue, immer schlechtere Prognosen. Wir reden von einem Schrumpfen der deut-

schen Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um zwei, drei, fünf, sieben Prozent.

Es würde mich schon außerordentlich reizen, ob der Einmütigkeit, mit der fast alle Prognostiker das Schlimmste voraussehen, schon aus Prinzip das Gegenteil zu behaupten und den optimistischen Gegenpart zu besetzen. Damit könnte man derzeit ganz hübsch Aufmerksamkeit erringen. Aber wäre das verantwortungsbewusst?

Ich erinnere mich an ein Streitgespräch im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Anfang dieses Jahres zwischen Bert Rürup, dem Vorsitzenden des Sachverständigenrats, und dem Hannoveraner Finanzwissenschaftler Stefan Homburg, einem von mir eigentlich sehr geschätzten Ökonomen. Das begann schon damit, dass der Spiegel fragte, wie lange die Krise wohl dauern werde, und Homburg lapidar entgegnete: „Ich kann derzeit keine Krise erkennen.“ Darauf Rürup ganz entgeistert: „Wie bitte?“

Der Wirtschaftsweise Rürup vertrat in diesem Gespräch die gängige Meinung, dass wir uns in einer ungeheueren Krise befinden, die staatliches Handeln zwingend erfordert, während Homburg eine solche Jahrhundertkrise schlichtweg negierte. Zitat: „Wir machen

uns als Volkswirte unglaublich, wenn wir ohne gesicherte Fakten von der schlimmsten Krise aller Zeiten fantasieren und dann auch noch Rezepte aus dem Keller holen, die wir bis letztes Jahr für verfehlt gehalten haben. Ich verstehe einfach nicht, weshalb so große Teile der Volkswirtschaftslehre über Nacht ihre Position verändern. Sind denn nun alle verrückt geworden?"

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob Homburg diese Position noch aufrecht erhalten würde, ich hoffe nicht. Denn dass es an gesicherten Fakten fehle, kann heute niemand mehr behaupten. Wenn wir uns die jüngsten Zahlen des Auftragseinganges im verarbeitenden Gewerbe ansehen, oder die Entwicklung in den Exportbranchen, oder zahlreiche andere Indikatoren, dann muss man in der Tat mit Schlimmem rechnen. Einigermassen sicher ist nur, dass das Bruttoinlandsprodukt um mindestens vier Prozent schrumpfen wird, das so sehr schlechte erste Quartal ist gar nicht mehr aufzuholen. Und vermutlich wird es viel schlimmer.

Mir gibt es sehr zu denken, dass ein Profi wie der Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn, der doch eigentlich immer so ein optimistischer, zupackender Mensch war, mit der ganzen Statistik und Expertise seines Instituts im

Nacken sagt: Es wird noch ganz bitter, die Krise hat überhaupt erst begonnen.

Übrigens: Der Bundespräsident, dessen Berliner Rede 2009 ich gestern in der Schinkel'schen Elisabeth-Kirche in Berlin Mitte, Invalidenstraße 3, lauschen durfte (nebenbei bemerkt: vom Ambiente her kein Vergleich mit diesem Ort!), hält sich mit dieser Frage gar nicht mehr auf. Er sagte kurz, dass die Rezession sich weiter entfalte, das bittere Monate vor uns lägen – und bei einer solchen Präsidentenrede) hinterliegt ja jedem Satz, ach was: jedem Wort, eine ausführliche Recherche (Achtung: Neid!). Diese Entwicklung, sagt Köhler, habe es in sich. Blitzschnell habe die Finanzkrise durchgeschlagen auf die reale Wirtschaft. Gestern war Deutschland noch Exportweltmeister, heute „fällt uns ein stolzer Titel vor die Füße“.

Der Bundespräsident Köhler redet auch nicht um den heißen Brei rum: Natürlich wird die Arbeitslosigkeit im Herbst steigen, und nicht zu knapp; man muss wohl (das hat der Präsident nicht gesagt) mit einer Million mehr im laufenden Jahr rechnen. Die ekligsten fünf Millionen vom Februar 2006, die schon fast vergessen waren, geraten wieder in Sichtweite – wenn nicht 2009, dann wohl 2010.

Vor allen Dingen aber, und darüber kann eigentlich kein Zweifel bestehen, befindet sich das internationale Finanzsystem nach wie vor in einer extrem schwierigen Situation, Vertrauen fehlt nach wie vor, und niemand kann sicher sagen, ob nicht weitere Explosionen in den Kellern der Banken folgen. Der Bundespräsident sagt: „Die großen Räder“, die an den Finanzmärkten geschlagen worden sind, „sind gebrochen, und wir erleben eine Krise, deren Ausgang das 21. Jahrhundert prägen kann“.

Was tut der Staat?

Dazu wiederum sagt der Bundespräsident, Bundesregierung und Bundestag hätten in den vergangenen Monaten Handlungsfähigkeit bewiesen und kurzatmigen Aktionismus vermieden. Das, mit Verlaub, sehe ich ganz anders, und auch Horst Köhler hat schon anders geredet. Die Regierung hat die große Krise zunächst nicht wahrhaben wollen und den Amerikanern bedeutet, sie möchten doch ihre Probleme bitte selbst lösen, dann sind Merkel, Steinbrück und Co. im Sturmschritt kehrmarsch auf Rettungskurs gegangen und seitdem wird eine Maßnahme nach der anderen beschlossen, ohne Konzept, ohne große Linie, auf tägliche Herausforderungen reagierend – Getriebene

in einer verrückten Welt.

Ich ahne richtiggehend die grimme Begeisterung, mit der die Berliner Akteure das Heft des Handels schwingen, die Milliarden hin und her jonglieren und sich so ungeheuer gebraucht vorkommen. In Bayern zieht und zerrt die Politik an der Landesbank herum, als ob nicht der Staat die Bank überhaupt erst in die Geschäfte getrieben hat, an denen sie beinahe zugrunde gegangen wäre – wo waren denn die ganzen schlaunen Kerlchen, die jetzt alles besser wissen, als man sie gebraucht hätte, zum Beispiel in den Aufsichtsgremien der Bank?

Ich sage nicht, dass alles staatliches Handeln nicht sein darf, gewiss nicht, ich vermisse nur den großen Kompass. Ich fände es gut, die Politik würde auch mal nein sagen. Sich immer nur vor der Welle der Krise treiben lassen und alle Problemen mit immer neuen Milliarden zudecken, das ist noch keine Regierungskunst, das ist erbärmlich. Nicht vergessen: Ich habe nichts gegen Sie! Dies alles vor die Klammer gesprochen.

Sortieren wir nun die Maßnahmen, so haben wir erstens das gigantische Rettungs- und Bürgschaftspaket für die Banken. In der Bevölkerung herrscht viel Unverständnis bereits über diese Maßnahmen. Und natürlich gibt es

auch hier Experten, allerdings nur einige wenige, darunter den bereits erwähnten Professor Homburg, die diese Rettungsmaßnahmen für völlig überflüssig halten, weil sie keine dramatischen Folgen befürchten, wenn eine Bank, etwa die Hypo Real Estate hier in München, Insolvenz anmelden müsste.

So gut wie alle maßgeblichen Experten sagen anderes (übrigens auch die überwiegende veröffentlichte Meinung), sie sprechen von systemischen Risiken, die unabwendbare Folgen haben könnten – wer wäre ich, der wirtschaftspolitische Beobachter Marc Beise, wenn ich diesen versammelten Sachverstand ungespitzt in den bayerischen Boden rammen wollte?

Ich glaube also diesen Experten und halte deshalb die in die Wege geleiteten Maßnahmen grosso modo für richtig. Ich gehe sogar soweit, dass ich, obwohl auf gefestigter marktwirtschaftlicher Basis argumentierend, auch das Enteignungsgesetz für die Hypo Real Estate für richtig halte; ich sehe hier den klassischen Fall der im Grundgesetz festgeschriebenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums (hier: des Eigentums des Privatinvestors Flowers) und halte die entsprechende Kritik der FDP und von Teilen der CDU für schwach begründet.

Ich bin zweitens auch bereit, über Konjunkturprogramme zu reden – aber schon viel zögerlicher. Man kann ein Anhänger der Angebotstheorie sein und die Wünsche nach einer nachfragegestützten Wirtschaftspolitik der letzten Jahre für falsch gehalten haben und muss dennoch sagen, dass heute in der Krise keynesianische Rezepte dem Wachstumseinbruch gegensteuern müssen.

An der Sinnhaftigkeit der konkreten Maßnahmen habe ich allerdings meine Zweifel.

Wir reden über zwei Konjunkturpakete (Sie wissen das besser als ich, Sie haben das ja indirekt beschlossen), ein erstes aus dem Winter 2008 über 31 Milliarden Euro Subventionen fürs Handwerk, Aussetzen der Kraftfahrzeugsteuer, KfW-Kredite, degressive Abschreibung, Verkehrsinfrastruktur, Verlängerung des Kurzarbeitergeldes. Und das Konjunkturpaket II, das die Große Koalition – rechtzeitig vor der Hosenwahl (!) – im Januar 2009 geschnürt hat, umfasst für dieses und das nächste Jahr 50 Milliarden Euro. Es geht um öffentliche Investitionen, Steuer- und Abgabenerleichterungen und die Förderung der Automobilindustrie. Familien mit Kindern erhalten demnächst eine Einmalzahlung von 100 Euro je Kind. Der Krankenkassenbeitrag wird leicht gesenkt – nachdem er

kurz zuvor anhaben worden ist. Das ist nett – und teuer! Aber ist es ein „Pakt für Deutschland“, wie das die Bundeskanzlerin nannte?

Bei Lichte besehen ist es ein Sammelurium von Einzelmaßnahmen, deren einzelne Wirkung begrenzt ist und die nicht wirklich zusammenpassen. Geben 1 x 100 Euro pro Kind den Familien wirklich Zuversicht? Geht das eins zu eins in den Konsum? Ich bezweifle das. Und die berühmte Abwrackprämie, über die sich VW freut, aber nicht BMW, vor allem aber Renault und Toyota: Wie lange wird dieses 2500-Euro-Feuer brennen? Jetzt wird sie verlängert bis Jahresende, weil man sich ein Einbrechen der Nachfrage im Wahlsummer nicht erlauben kann, dafür kommt der Einbruch im Herbst oder 2010 – es sei denn, man macht die italienische Lösung und verlängert die Förderung (dort für Fiat) Jahr um Jahr. Weil das aber wohl nicht passieren wird, kommt spätestens 2010 der großen Katzenjammer: Können Sie sich den Vertrauensverlust bei den Bürgern vorstellen, wenn sie merken, dass sie nur über den Wahltag eingelullt werden sollten?

Und so weiter und so fort. Man kann der Politik ja gar nicht böse sein, wenn sie die Milliarden, die sie nicht hat, nur so raushaut – sie ist ja von aller Welt dazu ermun-

tert worden. Selbst der Sachverständigenrat kritisierte das erste Konjunkturpaket als „putzig“ und hat mehr Stimulanzien gefordert. Nehmen wir zur Ehrenrettung der Wissenschaft an, dass sie an mehr grundsätzliche Hilfen, an gezielte Investitionen in Infrastruktur und Bildung gedacht hat. Wie auch immer: Die Wirkung des Konjunkturpakets wird rasch verflogen sein, die neuen Schulden bleiben.

Jahrzehnte lang haben wir darauf hingearbeitet, dass die elende Ausgabensucht der Politiker nach dem Motto „Was ich heute ausbebe, hilft mir und nicht meinen Nachfolgern. Was morgen gespart werden muss, schadet meinen Nachfolgern und nicht mir“, dass diese Ausgabensucht gebranntmarkt war, dass es chic war zu sparen; unter Hans Eichel im Bund und Edmund Stoiber in Bayern (diesen Namen darf man jetzt aber bestimmt nicht mehr verwenden!?) war das mal eine Zeitlang der Fall: Aus und Vorbei. Jetzt haben wir folgende Lage, das Ifo-Institut hat das freundlicherweise neulich zusammengerechnet:

Deutschland hat seinen Banken 550 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, wovon allein mehr als 100 Milliarden für die Hypo Real Estate bestimmt sind. Die beiden Konjunkturprogramme kosten 80 Milliarden Euro und die Bürgschafts-

programme zugunsten der deutschen Industrie 100 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch Gelder der Bundesländer für einzelne Landesbanken in Höhe von gut 30 Milliarden Euro. In der Summe geht es um etwa 760 Milliarden Euro. Selbst wenn nur ein Drittel der in dieser Summe enthaltenen Bürgschaften in Höhe von 570 Milliarden Euro zum Schluss als Kosten für den Staat verbliebe, würde die Gesamtlast aller Programme bei 380 Milliarden Euro liegen.

Das entspricht etwa 127 Transrapidstrecken von je 3 Milliarden Euro zum Münchner Flughafen, 200 fünfjährigen Exzellenzinitiativen für alle Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland oder rund 60.000 Kilometer neuer Autobahnen mit sechs Fahrstreifen.

Wenn die genannte Summe von 380 Milliarden Euro per Kredit finanziert wird, steigt die Schuldenquote von zuletzt 64 Prozent (was auch schon mehr ist als jene 60 Prozent, die der Maastrichter Vertrag erlaubt auf 79 Prozent, und die jährlichen Zinsen steigen unter sonst gleichen Bedingungen von 69 Milliarden Euro oder 6,3 Prozent der gesamten Staatsausgaben bzw. 2,8 Prozent des BIP auf 85 Milliarden Euro, was 7,7 Prozent der Staatsausgaben oder 3,4 Prozent des BIP sind. Die Zinslast-

quote bezüglich des BIP liegt damit über den drei Prozent, die der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt als maximale Nettoneuverschuldung zulässt. Um es ganz zurückhaltend zu formulieren: Die Bundesrepublik ist nun definitiv in der Phase ihrer Geschichte angekommen, wo die Schulden anfangen, weh zu tun.

Und das Bizarre: Darüber wird kaum diskutiert. Die Hilfen des Staaten werden als gottgegeben notwendig angesehen, punktum. Wo sind mutige Politiker, die mal „Nein“ sagen – so wie Oskar Lafontaine der Jüngere (über den Älteren, den Linkspopulisten, wollen wir gnädig den Mantel des Schweigens werfen) es wagte, in der Wiedervereinigungsbesoffenheit darauf hinzuweisen, dass das alles sehr teuer werden würde und man nach Alternativen zu Helmut Kohls „Geld spielt keine Rolle, wenn man bald blühende Landschaften hat“ suchen müsse, wo also sind diese mutigen Politiker?

Jedenfalls nicht in Berlin und übrigens auch nicht in Bayern. Hier kann man schon froh sein, dass Opel kein Werk in Bayern hat, den Aktionismus, den Druck, den die Bayerische Staatskanzlei dann erzeugen würde, da wird mir schon von der bloßen Vorstellung Angst und Bange. Aber anderswo ist es schon schlimm genug. Und nicht

nur das. Es werden allen Ernstes weitere Rettungsmaßnahmen diskutiert und erwogen. Ja, meine Damen und Herren, sind Sie denn mit dem Klammerbeutel gepudert?

Nichts darf da mehr kommen, für niemanden. Weder wäre es richtig, dem strauchelnden Automobilkonzern Opel Geld zu Verfügung zu stellen, das ihm kein privater Investor mehr zur Verfügung stellen will, noch halte ich es für richtig, anderen Unternehmen unter die Arme zu greifen. Jede Wirtschaftskrise ist eine Wirtschaft der darin tätigen Unternehmen, und das Risiko des Scheiterns kann niemand den Unternehmen abnehmen.

Haben wir denn vergessen, dass nur der Wettbewerb die besten Resultate hervorbringt und dass staatliche Hilfen für einzelne Unternehmen deren Versagen belohnt und den Wettbewerb verzerrt? Warum Geld für Opel und kein Geld für BMW?

Zurück zur Marktwirtschaft

Vielleicht sollte ich an dieser Stelle mein wirtschaftspolitisches Selbstverständnis offenbaren. Marktwirtschaft ist für mich immer noch das Maß aller Dinge. Das zu sagen, ist ja nicht mehr selbstverständlich. Einer wie ich wird das ja immer

wieder gefragt in diesen Tagen: Bereust Du, Beise, jetzt endlich Deine ordnungspolitischen Traktate der vergangenen Jahre? Sehe ich ein, dass ich einem Götzen namens Marktwirtschaft und meinerwegen Kapitalismus nachgelaufen bin – oder nicht? Ehrlich gesagt, lautet meine Antwort: Nein, ich bereue nicht.

Ich widerrufe auch nicht. Das kommt allerdings heute ganz schlecht; ich sehe das an der Zahl und argumentativen Heftigkeit meiner negativen Leserreaktionen. Neulich schrieb ein Leser völlig konsterniert, er halte es mit dieser SZ nicht mehr aus, selbst Alan Greenspan stehe heute fassungslos vor den Trümmern seiner Ideologie und bereue, nur der Beise schreibe immer noch denselben Schwachsinn wie eh und je – ja, sei das denn überhaupt zu fassen! Ich gebe zu, ich war erst einmal gerührt und geschmeichelt; Journalisten sind eitel.

Natürlich ist es fast schon Gotteslästerung, den mächtigen Boss der amerikanischen Notenbank mit einem Redakteur aus München vergleichen zu wollen (und ich mache mir nebenbei gesagt auch keine großen Illusionen über die Einflussmöglichkeiten eines Wirtschaftskommentators selbst der Süddeutschen Zeitung), aber man will ja wenigstens vor sich selbst

bestehen. Weshalb ich die Sache geprüft habe mit dem Greenspan (und man kann ja auch gleich noch „Neutronen-Jack“ nennen, den ehemaligen GE-Chef Jack Welsh, der jetzt dem Shareholder Value abgeschworen hat) und dem Beise. Meine Antwort lautet: Ja, der Greenspan und der Welsh tun gut daran, ihrem Tun und Reden abzuschwören.

Ich aber nicht. Warum?

Weil die Zügellosigkeit im internationalen Finanzsystem, die uns an den Rand der Katastrophe geführt hat, gerade nicht eine folgerichtige Ausformung der Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard und der Freiburger ordnungspolitischen Schule war, sondern einer Missachtung von deren Regeln.

Zuerst mal war es die Politik des leichten Geldes, die jede Bedachtsamkeit, jedes Verantwortungsgefühl davongeschwemmt hat – das ist Greenspans Verantwortung. Und dann die fehlende staatliche Kontrolle – das ist die Verantwortung aller Regierungen, namentlich jener der G7-Staaten, und dort insbesondere die Verantwortung von Washington und London. Die Folge waren: mangelnde Transparenz, Laxheit, unzureichende Aufsicht, Risikoentscheidungen ohne persönliche Haftung – das alles hat

uns in die Weltfinanzkrise geführt und genau das war ein Verstoß gegen die ordnungspolitischen Prinzipien.

Der Bundespräsident, um ihn ein letztes Mal zu zitieren, sieht die Krise als Ergebnis von Freiheit ohne Verantwortung. Es kommt aber auch das Gegenteil nicht in Frage: Verantwortung ohne Freiheit. Das sollten sich diejenigen hinter die Ohren schreiben, die jetzt alles und jedes regeln wollen, die Gehaltsobergrenzen vorschreiben und Boni verbieten wollen und am besten noch den Tagesablauf eines Managers von 8 bis 21 Uhr durchplanen wollen.

Nein, wir brauchen kein neues Wirtschaftssystem – es geht vielmehr darum, das alte endlich mal vernünftig anzuwenden. Nochmal: Freiheit ohne Verantwortung war ein Fehler. Verantwortung ohne Freiheit wird aber auch nicht gehen.

Noch ein Wort zum notwendigen Wandel. Man hat ja bei all den Äußerungen in diesen Tagen und aller Kritik am Kapitalismus den Eindruck, als ginge es ausschließlich ums Bewahren, weitermachen, festhalten. Bloß keine Veränderung! Dabei gehören Veränderungen zum Leben, und – ja! – auch zum Kapitalismus. Es kann nicht anders sein, dass auch ein Schei-

tern im Verfahren inbegriffen ist. Joseph Schumpeter, das ist ja nun allgemein bekannt, spricht von der Kraft der „schöpferischen Zerstörung“. Nur über Krisen kann die Zukunft gewonnen werden. Und insofern ist diese Krise, die wir gerade meistern müssen, im System irgendwie mitangelegt. Man hätte sie sich vielleicht weniger brutal gewünscht, aber vielleicht, um eine kleine Hoffnung zu äußern, wächst aus ihr auch besonders schnell und besonders kräftig Neues.

Dazu allerdings müsste sich die Politik ganz anderer Themen annehmen als dem Dreiklang Banken stützen - Konjunktur stimulieren - Firmen retten.

Mittelschicht

Viel drängender auf mittlere Sicht ist ein Drama, das sich durch staatliches Tun und Unterlassen im Herz unserer Gesellschaft abspielt: in der Mittelschicht. Wer in diese Mittelschicht Reinhört, die man auch Mittelklasse, gesellschaftliche Mitte, Mittelstand, Bürgertum nennen kann und die sich nicht nur nach einem mittleren Einkommen, sondern nach überlieferten bürgerlichen Werten definiert und die rund die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland ausmacht, wer also in diese Mittelschicht Reinhört, der

nimmt ein Rumoren wahr, ein anwachsendes Grummeln, ein Brodeln. Es ist wie ein Vulkan, der lange zischt - wehe wenn er am Ende tatsächlich ausbricht!

Diese Mittelschicht steht unter Druck. Sie schrumpft, die Statistik ist da unerbittlich, die Mitte verliert Potential nach unten und schafft es kaum noch weiter nach oben, sie hat von Monat zu Monat weniger Geld zu Verfügung (weil ich auch von den Helden der schwarzen Null am Monatsende spreche) - und bald hat sie vielleicht auch keinen Job mehr. Um diese Mittelschicht müsste die Politik sich kümmern, ihr müsste sie eine Perspektive geben, dass Leistung sich noch lohnt, dass der Staat Freiräume lässt, dass er hilft, wo er helfen muss, also in der Not, dass er aber nicht fürsorglich diktatorisch alles und jedes in seinen Besitz nimmt. Diese Mittelschicht würde ihr Schicksal gerne selbst in die Hand nehmen, wie damals im Wirtschaftswunderland. Sie möchte gestalten und die Chance auf Fortschritt haben, sie möchte nicht drangsaliert werden von einem regelungswütigen Staat.

Dieser Mittelschicht würden nachhaltige Reformen helfen - wenn sie denn plausibel erklärt werden: Steuerreformen für mehr netto vom brutto, Arbeitsmarktreformen für mehr Jobs, Bürokratieabbau für

mehr Eigeninitiative, eine Gesundheitsreform für mehr Eigenverantwortlichkeit. Vermutlich braucht diese Mitte auch eine Reform des politischen Systems, vielleicht die Einführung des Mehrheitswahlrechts, um den Einfluss von Politikern vor Ort zu stärken und entscheidungsstarke Regierungen herbeizuführen.

Vielen Dank.

Das sind die Dinge, meine Damen und Herren, die der Staat tun oder zumindest ernsthaft bedenken sollte. Und es wäre eine feine Sache, wenn darüber bald geredet werden würde, am besten schon heute abend, statt dass die Parteien, die Bundestagswahl fest im Blick, schon wieder ihre taktischen Spielchen treiben.

Sprache ist manchmal sehr entlarvend. Das vergangene Wochenende hat mir da einige Klarheit geschaffen. Wenn Horst Seehofer, dieser ewige Nörgler und Widersprecher, das Sticheln nicht lassen kann, und Franz Müntefering im Gegenzug verspricht, man werde Seehofer weiter quälen bis zum letzten gemeinsamen Regierungstag – wenn ich das höre, beschleicht mich die Ahnung, dass eine ganze Menge Leute in diesem Land den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt haben.

Anwesende natürlich ausdrücklich ausgenommen.

Diskussion

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Wir haben eine Rede gehört, die partiell auch von Edith Piaf stammen könnte: Non, je ne regrette rien. Ich will das jetzt nicht klassifizieren, weil ich Herrn Beise ja über weite Strecken zustimme. Das Lob an die Politik in meiner Einführung hat sich aber nur auf die Bankenaktion bezogen. Ich will Herrn Beise jetzt etwas mitteilen, was ihn unterstützt und was mir vor 14 Tagen bei einem Vortrag bei einer Kreishandwerkerschaft in der Oberpfalz ein ehrsamer Schreinermeister in seiner Einführung erzählt hat. Es bezieht sich auf Opel und 26.050 Arbeitsplätze. Dass da noch vieles dranhängt, wollen wir nicht vergessen, aber er sagte: Vergleichsweise dazu bietet aktuell das bayerische Schreinerhandwerk 40.940 Arbeitsplätze auf, in seinen 8.510 Betrieben sind 5.260 Auszubildende beschäftigt. 27.000 Mitarbeiter haben die 3.300 Bäckereien in Bayern. Und dann fragte er: Warum redet keiner über uns? Das war die Frage, die Herr Beise gestellt hat. Ich kenne das natürlich aus der Lehre der Politikwissenschaft: schlecht organisationsfähig; nicht ordentlich konfliktfähig; keiner reagiert auf die Nöte von acht oder zehn, aber die 26.000 sind ein Potenzial. Damit ist nicht Stellung genommen zu Opel. Aber wir sehen die Dimension des Problems, wenn auch nicht der Krise, von der auch Sie, Herr Beise,

sagen, man wisse nicht, wie groß sie wird, wie lang sie dauert, wann sie zu Ende ist. Wir haben einen weiten Strauß von Themen und Thesen gehört, und ich denke, die Chance mit Herrn Beise außerhalb der Leserbriefspalten der „Süddeutschen Zeitung“ zu diskutieren, die sollten Sie jetzt nutzen.

Publikumsfrage: Ich bin freier Finanzberater und schätze die „Süddeutsche Zeitung“ sehr, besonders den Wirtschaftsteil, und denke mir in letzter Zeit: Haben Sie eigentlich die Chance, die Krise auf den Finanzmärkten zu erläutern und dem Publikum nahezubringen, das nicht eingeweiht ist? Ich vermute auch, dass das Verständnis in der Politik nicht vorhanden ist? Das eine ist die Rezession, die wir alle vor uns haben. Sie wird weniger Wohlstand, weniger Steuern erbringen. Aber das ist vielleicht nicht so arg wie das, was uns aus den Finanzmärkten droht. Können Sie das der Leserschaft nahebringen, damit man ein Gefühl dafür entwickelt, wo wir stehen?

Dr. Marc Beise: Ja, darum bemühen wir uns. Wobei man sagen muss: Es ist noch nicht viel geschehen, was die Reform der Finanzmärkte angeht. Der G20-Gipfel in London wird groß beworben, aber was läuft da schon: Abendessen, ein Tag Konferenz – das erste Mal, dass wirklich auf der

Ebene der Staats- und Regierungschefs versucht wird, ein Stück voranzukommen. Es gibt natürlich pausenlos Absprachen, Vorbereitungstreffen, es werden Papiere auch im Finanzministerium in Berlin erarbeitet usw., aber eine wirkliche Regulierung, etwa das Verbot bestimmter Papiere, ist nicht in Sicht, und man darf sehr gespannt sein, was passiert. Was jetzt die konkrete Darstellung des Themas für den Leser betrifft, so werden wir natürlich im Vorfeld dieses G20-Gipfels versuchen, breit, ja seitenweise und auch ansprechend aufgemacht diese Probleme zu analysieren. Das ist zugegebenermaßen sehr schwierig. Ich will auch einmal sagen: Was mich am meisten fasziniert in dieser ganzen Finanzkrise, das ist, dass alle so wenig wissen. Ich habe seit November mit vielen Bankchefs gesprochen, entweder in Hintergrundgesprächen oder bei Interviews, und habe erfahren, dass keiner von ihnen vor ein, zwei Jahren all das gewusst hat, was wir jetzt wissen. Die alte Regel: „Tue nur Geschäfte, gib nur Geld aus, investiere nur in Dinge, die du verstehst“, die ist dramatisch missachtet worden. Und das macht es auch so schwer, die Dinge journalistisch zu erklären. Wir bemühen uns darum, aber es ist verdammt hart.

Dr. Klaus Hahnzog: Klaus Hahnzog, 13 Jahre auch hier in diesem

Hause, früher mal Sozialbürgermeister aus der Stadt München und jetzt Verfassungsrichter. In der Einladung heißt es: „Waren und sind die Maßnahmen ordnungspolitisch sinnvoll?“ Welcher Begriff von Ordnungspolitik steht da eigentlich dahinter? Auf der Basis, dass ja das Bundesverfassungsgericht sehr deutlich gesagt hat, dass keine Wirtschaftsordnung durch das Grundgesetz vorgegeben ist – geht das bei Ihnen auch in die Überlegungen ein? Ein Zweites: „Was darf der Staat?“ Sollte man nicht sagen: „Was soll der Staat?“ Sie haben die Sozialbindung des Eigentums erwähnt. Das betrifft jetzt die Eigentümer, es betrifft aber auch das Sozialstaatsprinzip, den Einzelnen, der keine Arbeit hat, der Angst hat, die Arbeit zu verlieren. Dies ist die andere Seite, die aus meiner Sicht auch ein Maßstab sein muss, und nicht die reine Marktwirtschaft. Und ein Drittes: Krise. Es gab mal eine Krise, die wir Gott sei Dank überwunden hatten, es war die Zeit bis 1945. Da gab es Schäden in horrendem Maße. Reparationsschäden etwa, dass ganze Fabriken abgebaut worden sind, und da waren auch die Politik und das Bundesverfassungsgericht der Auffassung: Das bedeutet nicht, dass diese Schäden ersetzt werden müssen. Also, auch eine Krise setzt den Staat in besondere Situationen hinein. Man kann an Konjunkturprogrammen immer

etwas kritisieren, aber dass insgesamt so etwas nötig war, ist aus der Gesamtsituation ersichtlich.

Dr. Marc Beise: Punkt eins: Ich glaube nicht, dass es eine rechtliche Frage ist. Sie haben richtig darauf hingewiesen, das Grundgesetz lässt einen ganz weiten Spielraum für eine Wirtschaftsordnung, und ich gehöre nicht zu den Fundamental-Marktwirtschaftlern, die zum Beispiel sagen, dass wir da im verfassungsrechtlichen Sinne schon in freiheitsgefährdenden Zonen sind. Wohl aber sage ich, dass wir von einem Freiheitsstaat nach 1945 zu einem Wohlfahrtsstaat geworden sind, und das ist etwas anderes als ein Sozialstaat. Natürlich finde ich den Sozialstaat existenzbildend für eine Marktwirtschaft. Eine reine Marktwirtschaft wäre nicht erstrebenswert. Es ist die Soziale Marktwirtschaft, über die wir reden, und selbst wenn man diese – wie ich – für ausgefertigt hält, weil die Sozialsysteme in einem Umfang Besitz genommen haben von den staatlichen Finanzen, dass das nicht mehr tragbar ist, so bewegen wir uns doch immer noch im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung. Punkt zwei: Natürlich muss der Staat reagieren, und ich habe auch gesagt, ich sehe auch die Notwendigkeit, in einem scharfen Abschwung gegenzusteuern, ich vermisse nur das Gesamtkonzept.

Ich kann nicht erkennen, warum eine Abwrackprämie für eine Branche der richtige Weg ist und warum der Einzelhandel nichts kriegt. Was ist mit Investitionen, die das A und O von Wachstum sind? Ich hätte mir einen viel größeren Anteil davon in beiden Konjunkturpaketen gewünscht. Infrastruktur und Bildung – das sind die großen Themen. Es reicht nicht, so und so viele Millionen reinzupulvern, die die Schulen dann händeringend verbauen sollen, egal, ob sie das Treppenhaus streichen oder Computer anschaffen. So geht das nicht! Sondern dahinter muss wirklich ein Konzept stehen.

Punkt drei, die Krise nach dem Krieg: Das kann man einerseits nicht vergleichen und andererseits doch. Das Land war in einer Aufbausituation, ganz anders als heute. Aber die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft ist von Ludwig Erhard praktisch umgesetzt worden nach dem Motto: Erst müssen die Mittel verdient werden, die wir dann an Sozialleistungen ausgeben und nicht umgekehrt. Das war ja eine bewusste Entscheidung. Sie wissen ja, es hätte auch anders kommen können, Stichwort Ahlener Programm der CDU. Es war im Grunde ein genialer Trick dieses einzelnen Mannes, Erhard, wie er mit Hilfe der Siegermächte viele übertölpelt und sein Pro-

gramm durchgezogen hat und es vom Erfolg gekrönt war, allerdings aus einer Situation des Aufbaus heraus, in dem ein Land zerstört war, aber die Produktionsmittel noch weitgehend intakt waren, so dass man sofort wieder loslegen konnte, als mit dem Marshallplan die Anschubfinanzierung kam. Also im Praktischen kann man die Zeiten nicht vergleichen, aber im übertragenden Sinne sehe ich schon Bezüge. Erhard hat gegen den Mainstream agiert – und heute? Da fällt den Politikern immer nur immer mehr Geld ein, um dieser Krise zu begegnen, unter einer Milliarde macht es der Gesetzgeber ja nicht mehr. Das kann nicht funktionieren. Ich habe darüber nicht gesprochen, aber es gibt ja eine intensive Diskussion über die Frage, wie man diese Schulden zurückführen kann. Wenn es gut geht, dann wird es uns nur auf lange Zeit belasten; wenn es schlecht geht, sehr schlecht (woran ich nicht glaube), dann kriegen wir eine Hyperinflation und eine Währungsreform. Das kann doch nicht ernsthaft der einzige Weg aus dieser Krise sein.

Publikumsfrage: Ich bin selbstständiger Betriebswirt, nie in einer Bank tätig gewesen als Angestellter, aber berufsbedingt sehr nah an ihnen dran. Herr Dr. Beise, wenn ich Ihnen einen Leserbrief schreiben würde, der wäre positiv. Ich

teile Ihre Position in vollem Umfang. Lassen Sie mich zu der Problematik, die bei den Banken angefangen hat, eine Anmerkung machen. Diese ganzen Instrumente, die angeblich nun in die Krise geführt haben, konnte man sehr wohl durchschauen. Ich habe sie alle vor fünf, sechs Jahren auf dem Tisch liegen gehabt. Garantiezertifikat Lehman Brothers, alle diese Dinge. Ich habe sie persönlich und auch für meine Klientel ausnahmslos abgelehnt, weil sie entweder durchschaubar waren und dann abgelehnt werden mussten oder nicht durchschaubar waren, dann musste man sie eigentlich auch ablehnen. Ich danke auch dafür, dass Sie sich auf den Mittelstand bezogen haben. Systemisch ist auch die Vielzahl der mittelständischen Betriebe, ganz gewiss. Mindestens so, wie die Hypo Real Estate systemisch ist. Bei der Hypo Real Estate gehe ich einen Schritt weiter als Sie. Ich bin durchaus der Meinung, dass man in Frage stellen muss, ob man sie retten muss. Mir hat, obwohl ich das verstehen würde, keiner bisher so richtig erklärt, warum ausgerechnet die Hypo Real Estate so systemisch sein muss oder ist, dass ich als Steuerzahler auf lange Sicht geradestehen muss. Ein letzter Punkt: Staatliche Banken. Da vermisse ich ein wenig ein kritisches Wort von Ihnen. Jetzt haben wir den Staat, die Politik, die sich zum großen

Retter gegenüber dem Bürger darstellt, aber es nicht geschafft hat, bei ihren eigenen Banken bei Zeiten gegenzusteuern. Es waren ja ausgerechnet IKB, KfW und auch die Landesbanken bis hier im glorreichen Bayern, die ein ganz schlechtes Bild abgegeben haben. Vielen Dank.

Christine Kamm, MdL: Ich wollte, nachdem ich mich als kommunalpolitische Sprecherin sehr stark mit Sinn und Unsinn des Konjunkturpakets auseinandergesetzt habe, noch mal einen Blick auf dieses Konjunkturpaket und dessen Umsetzung werfen. Wir haben die Situation, dass natürlich sehr viele Wünsche da sind. Ursprünglich hat man das Konjunkturprogramm gerechtfertigt, indem man gesagt hat: Das geht in Bildung und es geht in Energiesanierung und es geht in Bereiche, die denen nützen, die nachher die Schulden bezahlen müssen. Jetzt ist es aber so, dass bloß noch 65 % in diese Bereiche gehen und allerlei andere Sachen abgezockt werden. Es gehen zusätzlich 100 Millionen in Straßen, es geht so und so viel in Tourismusförderung, in Olympiaanlagen, Biathlon, Eissport, und es gehen beispielsweise nicht nur einige neue Polizeiautos her, sondern beispielsweise auch 10 Millionen in neue Autos für die Ministerien. Wir haben also hier eine Situation, wo sehr viele Wünsche

finanziert werden und sehr viele Begehrlichkeiten da sind, auf der anderen Seite haben wir die Situation, dass man in dieser kurzen Zeit viele Sanierungen gar nicht richtig abwickeln kann, und es wird immer gesagt, es muss schnell wirken und es muss alles in zwei Jahren abgewickelt werden. Ich bin vielmehr der Meinung, es muss etwas Solides geleistet werden und es kann auch mal drei oder vier Jahre dauern. Was halten Sie von dieser Prämisse, unter der das Konjunkturprogramm steht, alles in zwei Jahren abwickeln zu müssen?

Publikumsfrage: Herr Dr. Beise, Sie haben es in der Diskussion, nicht im Vortrag gesagt: Was muss der Staat machen? Die freiheitliche Ordnung erhalten. Ludwig Erhard hat in einer Diskussion gesagt, die freiheitliche Ordnung ist das Problem. Für mich ist Amerika immer noch beispielgebend. Wenn die Amerikaner scheitern, dann scheitern wir sowieso, aber ich bin optimistisch, dass Amerika trotz der fürchterlichen Schwierigkeiten obsiegen wird in dieser Wirtschaftskrise, und dann werden wir hinterher auch wieder aus der schlimmsten Krise herauskommen, die vor uns steht.

Dr. Marc Beise: Ich hoffe und denke, Sie haben recht. Wobei in den USA selbst für amerikanische Verhältnisse wahnsinnig viel Geld

eingesetzt wird. Zum Stichwort „Freiheit“ im Sinne von Gestaltungsfreiheit oder eben die Abgewöhnung derselben im Wohlfahrtsstaat: Das ist für mich ein ganz wichtiges Thema. Eine Erfahrung aus vielen Gesprächen der letzten Wochen lautet ja: Die Krise ist bei vielen Leuten noch nicht angekommen. Die Arbeitslosigkeit ist noch kaum gestiegen, der öffentliche Dienst und die Transferempfänger haben keine Einbußen zu beklagen. Wo sie aber sehr wohl angekommen ist, das sind die Selbstständigen. Ich kenne einige Fälle, in denen einer der beiden Partner zum Beispiel als Seminarveranstalter, oder was auch immer, selbstständig ist, also sogenannter Kleinselbstständiger, und plötzlich keine Aufträge mehr hat. Wenn Sie mit einem Hauptauftraggeber zusammenarbeiten, der Kosten kürzt, dann haben Sie ganz schnell keine Einkünfte mehr. Witzigerweise haben diese Leute häufig weniger Angst als wir Angestellten. Warum? Ich glaube, es liegt daran, dass diese Menschen selbstständig sind und mit ungewissen Situationen besser umgehen können. Sie wissen, dass es Risiken gibt, dass es Chancen gibt, dass man seinen Weg suchen muss, dass es manchmal schwer ist. Der typische deutsche Arbeitnehmer hat es leider über 40 Jahre verlernt, sich notfalls an den Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. Der erwartet stattdessen,

dass alles im Großen und Ganzen gut weitergeht, und meistens ist es ja auch gut weitergegangen. Was heißt das? Wir müssen über Freiheit und Risiko und über die Chancen von Freiheit mehr nachdenken. Genau hier ist in der Entwicklung des Sozialstaates viel schief gelaufen in den letzten Jahrzehnten. Wir haben den Menschen systematisch abgewöhnt, dass sie auch eigenverantwortlich sind für ihr Leben. Das können Sie bei den ganzen Sozialversicherungssystemen, insbesondere im Gesundheitssystem, wunderbar nachweisen.

Zum kommunalen Bereich: Das hätte ich längst nicht so gut sagen können, wie Sie es soeben geschildert haben: Ihre ursprünglichen Hoffnungen, Erwartungen und was im Grunde daraus geworden ist. Das ist ein fantastischer Beleg für meine These, dass dieses Konjunkturprogramm nicht bis zum Ende durchdacht ist und dass es auch sehr viele Weiterungseffekte hat, die gar nicht hilfreich sind. Ich sage natürlich auch: Klar, man sollte die Sachen sinnvoll machen, dazu müssen sie vielleicht länger bedacht werden. Auf der anderen Seite geht es bei dem Konjunkturprogramm um schnelle Maßnahmen. Deswegen ist ja die Idee mit der Abwrackprämie im Prinzip gar nicht so schlecht. Sie führt dazu, dass im Moment noch Autos verkauft werden. Nur ist sie halt nicht

zu Ende gedacht, weil der Einbruch dann im nächsten Jahr kommen wird. Vermutlich kommt es auf die Mischung an. Man muss Maßnahmen haben, die schnell wirken. Infrastrukturmaßnahmen zum Beispiel wirken schnell. Die Bauwirtschaft ist einer der Bereiche, der im Moment die Konjunktur stützt. Und andere Bereiche müssen eben ein bisschen nachhaltiger betrieben werden und nicht der Ruf nach Hilfe ist die wichtigste Maßnahme. Zu den Landesbanken: Natürlich bin auch ich entschieden der Meinung, dass sich manche Politiker, die vorher in Aufsichtsräten von Landesbanken saßen oder in Verwaltungsräten derselben, jetzt besser ein bisschen zurückhalten sollten bei ihren Äußerungen, weil sie eben viel nicht gesehen haben oder nicht sehen wollten. Aber die Finanzkrise, das muss man auch sagen, ist nicht nur das Problem der öffentlichen Banken, es ist auch das Problem der privaten Banken und es ist sogar das Problem einer Deutschen Bank, die sich ja soviel darauf zugute hält, dass sie nach wie vor vergleichsweise gut durch die Krise kommt – aber dieser Erfolg ist auch dadurch bedingt, dass sie ein besseres Risikomanagement hatte und also ein paar Monate vor den anderen im Bild war; da lässt sich natürlich gut Geschäft machen. Aber die Deutsche Bank hat auch über viele Jahre lang massiv mitgezockt bei

diesen ganzen Sachen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Aber Herr Beise, ich glaube in diesem Hause darf man objektivweise hinzufügen, dass auch manche aus dem Sparkassenbereich etwas ruhiger sein sollten, wenn sie an die Bayerische Landesbank denken, denn bisher hat ja nur die Politik die Verantwortung übernommen und die anderen haben gesagt, der Vorstand arbeitet weiter wie bisher. Wobei wir ja alle nur hoffen, dass er vielleicht anders weiterarbeitet.

Publikumsfrage: Herr Dr. Beise, ein Thema ist in der bisherigen Diskussion meines Erachtens viel zu kurz gekommen. Wir sprechen zwar über die Reform des Finanzmarktes, und die Konferenz in London am 2. April wird sich damit auch beschäftigen. Ob es dort zu ausreichenden Beschlüssen kommt, ist offen angesichts der Haltung der USA und Großbritanniens und Japans, aber ein anderes Thema, was damit eng zusammenhängt, ist eine Reform des Weltwährungssystems. Wir haben die Situation, dass sich unter dem Bretton-Woods-System seit der Aufgabe der Dollareinlöschungspflicht der USA, die USA unbegrenzt in aller Welt haben verschulden können. Die chinesischen Devisenreserven betragen 2 Billionen Dollar, und wenn das auf den Markt kommt,

dann bricht das ganze System zusammen und wir müssen, wenn wir die Krise meistern wollen, in diesem Bereich etwas tun. Die erste, die das jetzt öffentlich in die Diskussion geworfen hat, ist die Vizepräsidentin der chinesischen Nationalbank. Es sind andere Stimmen laut geworden, die gesagt haben: Als Weltwährung sollten wir die Sonderziehungsrechte nehmen. Da habe ich meine Zweifel, denn die sind durch nichts gedeckt. Und Herr Flassbeck, früher Staatssekretär im Finanzministerium unter Lafontaine, hat vorgeschlagen: Wir müssten wieder feste Wechselkurse einführen. Das halte ich auch nicht für weiterführend, denn das regt nur zu weiteren Spekulationen an, wie wir aus der Vergangenheit wissen. Es muss auf diesem Sektor dringend etwas geschehen, zumal wir sehen, dass die USA jetzt im ganz großen Maße Geld drucken, das nicht gedeckt ist, und das wird die Welt überfluten. Und die Krise wird dann nicht eine Krise wie 1930 und folgende Jahre sein, sondern eine Krise, wie wir sie in Deutschland von 1919 bis 1923 hatten. Das muss meines Erachtens angegangen werden und da müssen Dämme eingebaut werden. Vielen Dank.

Dr. Marc Beise: Vielen Dank für diesen Punkt. Ich halte ihn auch für sehr wichtig, und ich habe ihn

ausgespart aus zwei Gründen. Erstens wollte ich mehr über die aktuelle Krise reden, weil ich glaube, dass wir einfach noch sehr stark in der Behandlung derselben sind. Und dann bin ich auch selbst noch nicht ausreichend sicher bei der Frage, welches Weltwährungssystem wir eigentlich brauchen. Dass das aber die Frage hinter dem Horizont ist, ist ganz klar. Der Bundespräsident beispielsweise hat gestern in seiner Berliner Rede wieder den Satz gesagt: „Ich bin weiterhin dafür, eine neue Bretton-Woods-Konferenz einzuberufen.“ Das ist ein bekannter Vorschlag von ihm, aber er trägt das mit Leidenschaft vor, und ich vermute, dass ihn genau die Sorgen umtreiben, die Sie ansprechen. Ich glaube, das würde jetzt im Moment noch zu weit führen, aber dass das unsere nächste große Debatte sein wird, dessen bin ich gewiss.

Publikumsfrage: In der letzten Woche fand an der Akademie für Politische Bildung eine interessante Tagung statt, bei der unter anderem Professor Schmidt aus Heidelberg zu dem Thema des Sozialstaats gesprochen hat. Dabei hat er zum Ausdruck gebracht, wer für diese ungute Entwicklung des Wohlfahrtsstaates verantwortlich ist, nämlich einmal unser demokratisches System, zum Zweiten die Parteien und zum Dritten die Medien. Sie gehören offensichtlich

zu denen, die nicht unter diese Kategorie fallen, weil Sie heute hier diesen guten Vortrag gehalten haben. Aber meine Frage ist die – und das war die Aufforderung von Professor Schmidt –: Es müsse sich ein grundlegender Wandel bei der Bevölkerung, dem Staatsvolk, den Wählern bilden, die immer nur auf den Staat hoffen, zweitens bei den Parteien und drittens bei den Medien, damit wir nicht hier in eine Sackgasse laufen. Können Sie dazu noch etwas sagen?

Publikumsfrage: Zech, ich war zwölf Jahre Mitglied dieses Landtags. Folgende Frage: Ist es für die Spielregeln der Marktwirtschaft nicht schlecht, wenn einzelne Marktteilnehmer oder gar ganze Gruppen von Marktteilnehmern sich als systemisch bezeichnen können und dann das Privileg haben, nicht bankrott gehen zu können? Wer nicht bankrott gehen kann, der kann sich sehr viel erlauben. Viel zu viel. Und er stört damit natürlich die Marktwirtschaft. Kann man dem durch eine Verfeinerung des Insolvenzrechtes beikommen, oder was meinen Sie dazu?

Dr. Marc Beise: Ja, das ist das zentrale Gegenargument gegen die Rettung der Banken. Deshalb sage ich ja: Im Grunde würde ich es nicht wollen. Im Grunde war ich von Anfang an der Meinung: Das

darf nicht sein, weil wir jetzt das Signal setzen: „Wir werden euch immer wieder retten, macht euch keine Sorgen.“ Wenn aber das systemische Risiko da ist, und ich habe ja gesagt, ich bin eingeschüchtert von der geballten Argumentation der Experten und Insider, dann muss ich dieses Argument in Kauf nehmen und kann nur noch in der Konsequenz überlegen, wie ich durch neue Regeln verhindere, dass sich der Prozess verselbständigt. Das ist zum Beispiel die Frage einer stärkeren Managerhaftung, die Frage nach anderen Boni-Systemen. Die Sache ist im Prinzip ganz einfach. Sie müssen – wie auch immer Sie das im Einzelnen machen, in welchem Bereich auch immer – die Menschen für ihr Tun verantwortlich machen können. Genau das hat ja im Finanzbereich nicht mehr stattgefunden. Das fing bei den Boni an, die gezahlt wurden ohne Rücksicht darauf, wie die Geschäfte waren, die dahinter gestanden sind. Und es ging bei den Hedgefonds weiter, deren Geschäftsmodell ja häufig ist: Ich mache auf alle Fälle meinen Schnitt, egal was mit den Unternehmen oder mit den Beteiligungen ist, um die es geht. Wir haben in weiten Teilen der Finanzwirtschaft ein System gehabt, in dem es keine zuordnungsfähige Verantwortung gab. Und das ist das Problem, das man ändern muss. Dann nämlich ist es

auch möglich, das Versprechen abzugeben, systemische Banken auch in Zukunft zu retten. Sie haben ferner den notwendigen Bewusstseinswandel angesprochen, auch in den Medien. Hier bin ich entschieden auf Ihrer Seite. Was wir aber sehen, ist ein schleicher Bewusstseinswandel in der Mittelschicht. Diese Mittelschicht ist für uns Demokratie bewahrend ungeheuer wichtig. Wenn die Mittelschicht die Hoffnung verliert, und das sind immer noch gut 50 Prozent der Bevölkerung, dann müssen wir mit Radikalisierung rechnen, deshalb müssen wir ihr eine Perspektive geben. Und die Perspektive wird nicht in Geld bestehen können, sondern in stärkeren Freiheitsrechten, in dem Gefühl: Ich kann selbst etwas bewirken. Ich kann vielleicht auch scheitern, aber ich habe überhaupt die Chance, etwas zu verändern. Ich habe ausreichend Gestaltungsmöglichkeiten im System. Das ist auch typisch für Mittelschicht und Bürgertum, das kann man historisch herleiten, davon ist, wie alle Umfragen zeigen, noch relativ viel da in der heutigen Mittelschicht, und das wird nicht mehr bedient. Deswegen bin ich in der Tat für ein Umdenken. Und speziell zur Rolle der Medien: Medien sind sehr zyklisch, das muss man schon zugeben. Man kann zwar nicht sagen, dass die Medien in den vergangenen Jahren nicht marktwirt-

schaftlich argumentiert hätten. Im Gegenteil, es war ja ziemlich schick bei der letzten Bundestagswahl und davor, die große neoliberale Nummer rauszuhängen. Genauso schnell kippt es aber jetzt um, und jetzt spielen alle die große „Der-Staat-muss-uns-retten-Melodie“. Medien laufen genauso wie Politiker immer ein bisschen Moden nach. Es haben viele Journalisten dem sagenumwobenen Jack Welsh zugejubelt, der den Shareholder-Value-Ansatz salonfähig gemacht hat. Es gab auch eine Zeit, in der es total unmodisch war, über Mittelstandsthemen zu schreiben. Bei Wirtschaftszeitungen sowieso, aber selbst bei allgemeinen Zeitungen, wie FAZ oder der Süddeutschen, war es schick, über Konzerne zu schreiben und ein ziemlicher Abtörner, sich dem Mittelstand zu widmen. Jetzt kippt es wieder und plötzlich ist der Mittelstand wieder total in der Mode. Da bin ich ein bisschen desillusioniert, was das betrifft. Ich persönlich versuche meinen Weg zu gehen, aber wie ich vorhin gesagt habe, im Moment ist es ganz schön schwer, noch mit den Argumenten von vor fünf Jahren zu kommen, weil einem alle entgegen rufen: Du musst doch mal einsehen, dass du deine Meinung jetzt ändern musst. Gerne heißt es auch: Sei doch nicht so oberflächlich! Denk doch mal tiefer! Warum, frage ich, ist es

oberflächlich, zu einer Position zu stehen?

Publikumsfrage: Ich bin Abteilungsleiter in einem IT-Unternehmen. Heute abend ist schon mehrfach der Begriff „System, systemisch“ gefallen, und ich bin sehr zufrieden mit diesem Abend, weil wirklich eine rote Linie erkennbar ist. Es kann nicht aus Systemgesichtspunkten heraus sein, dass einem, der sich verspekuliert und in großem Maße Schulden macht, durch jemanden auf die Beine geholfen wird, der das auch nur wieder mit Schulden zu packen versucht. Wenn man das mal mit einem Suchtkranken vergleicht, dann ist der kurz vor der Kapitulation und kurz vor der Kapitulation versucht ein Suchtkranker alles, um zu verheimlichen, wie es ihm eigentlich geht und wie es um ihn steht. Deswegen ist vielleicht wirklich auch der Blick über das System hinaus angebracht, wie es heute abend schon mehrfach angeklungen ist, und ich meine das auch in einem transzendenten Sinn. Wir können nicht allein mit finanztechnischen und rein marktwirtschaftlichen Überlegungen uns aus dieser Krise heraushelfen, sondern müssen ganz ernsthaft wieder nachdenken, und da ist sicher auch die Mittelschicht gefragt, wo denn unsere Werte wirklich sind und vor allem, wo sie herkommen.

Dr. Marc Beise: Ich zehre ja immer noch von der Rede des Bundespräsidenten gestern. Er hat zwar nicht das Wort „transzendent“ oder ähnliche Begriffe verwendet, aber er hat ganz in diesem Sinne argumentiert. Das ist auch der Grund, warum ihm in ersten Reaktionen vorgeworfen worden ist, er habe eine marktferne Rede gehalten. Er hat im Grunde die Werte eingefordert, die Sie ansprechen, und beispielsweise das klassische „Das tut man nicht!“ als eine Maxime eingefordert, die vom normalen Steuerbürger bis zum Spitzenmanager gelten müsste und die er verletzt sieht. Er hat beispielsweise auch zu einer neuen Sparsamkeit aufgerufen, die er aber nicht mit knapper werdenden staatlichen Mitteln oder ähnlichen Dingen begründet hat, sondern aus einem Gefühl des Anstandes heraus, mit den eigenen Ressourcen, nicht nur den Umwelt-, sondern auch den finanziellen Ressourcen, sparsam umzugehen. Das ist eine Überlegung, die man auch anstellen muss, und die Relevanz dieser Themen wird jetzt wieder erkannt. Am Ende ist das die gute Nachricht bei so viel schlechten.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Meine Damen und Herren, ohne mein kurzes Schlusswort geht es natürlich nicht. Bei aller Ausgewogenheit, die wir zelebriert haben, sei an den alten Grundsatz

erinnert, dass auch der Sozialstaat nur das ausgeben kann, was vorher erwirtschaftet worden ist. Es hat auch kluge Ökonomen und Politiker gegeben, die gesagt haben: Ein funktionierendes Wirtschaftssystem ohne größere Krisen ist von sich aus schon eine soziale Tat und eine soziale Errungenschaft. Daran muss man in dieser Diskussion auch erinnern dürfen. Ich zitiere auch einen in diesem Zusammenhang umstrittenen Sozialdemokraten, der in dieser Sozialstaatsdiskussion, die Sie, Herr Beise, angegriffen haben, den Deutschen mehrfach, in der Presse und in Regierungserklärungen im Deutschen Bundestag ins Stammbuch geschrieben hat: „Wir müssen dem Einzelnen wieder mehr Selbstverantwortung zurückgeben, und ich spreche mich aus gegen den Verantwortungsimperialismus des Staates.“ Dieser Mann heißt Gerhard Schröder. Er hat mit dieser Politik seine eigene Partei in eine Zerreißprobe geführt, aber dem Gemeinwohl, glaube ich, sehr intensiv gedient. In diesem Kontext ist zu hoffen, dass in solchen Krisensituationen – denn das war ja auch schon eine Krise der sozialen Sicherungssysteme – mehr Akteure an das Gemeinwohl denken als an die nächste Wahl. Dass das in einer Demokratie sehr schwierig ist, weiß auch ein mäßig begabter Politikwissenschaftler, aber den Satz haben wir ja auch gemeinsam

gesprachen. Wir würden mit den aktuellen Problemen etwas anders umgehen, wenn wir nicht dieses exorbitante Wahljahr hätten. Vieles von dem, was Sie auch kritisiert haben, ist darauf zurückzuführen, dass man diese Zeit überbrücken will und danach erst sieht, wie es weitergeht. Die Frage ist, was dabei vielleicht alles grundlegend beschädigt wird. Nur, raus aus dieser Krise müssen die Deutschen schon in einer gemeinsamen Anstrengung. Das ist jetzt nicht im Sinne des Appells an patriotische Gefühle gemeint.

Meine Damen und Herren, ich danke erstens Herrn Beise herzlich. Zweitens danke ich sehr herzlich dem Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, der uns eingeführt und durch diesen Abend geleitet hat. Aber nicht zuletzt sei diese Gelegenheit auch genutzt, Herrn Landtagsdirektor Peter Maicher, der die 35 Veranstaltungen, die wir bisher hatten, mit seinem Stab in einer tollen Kooperation hervorragend mit durchgeführt hat, ohne jeden Konflikt, ohne jeden Zweifel, ohne jede Panne, herzlich zu danken. Einige kundige Thebaner wissen ja, dass der Amtswechsel am 1. April stattfindet. Ich hoffe, wir bleiben uns verbunden über die amtlichen Geschehnisse hinaus. Zugleich darf ich dem neben Ihnen in Kontinuität sitzenden Herrn Worm, der Sie beerben wird, zum

neuen Amt herzlich beglückwünschen, und hoffen, dass die nächsten 35 Akademiegespräche in einer ähnlichen Weise über die Bühne gehen. Meine Damen und Herren, herzlichen Dank und einen schönen Abend!

